

	Eingangsstempel der Behörde
PLZ, Ort	
Aktenzeichen (Raum für Stempel des Jugendamtes)	Antrag ist eingegangen am

Antrag auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)

Die Leistungen werden beantragt ab dem



1. Angaben zum Kind

Das Kind <input type="checkbox"/> ist in einer Ehe geboren <input type="checkbox"/> ist nicht in einer Ehe geboren <input type="checkbox"/> ist adoptiert	Das Kind lebt <input type="checkbox"/> bei der Mutter (siehe 3.1) <input type="checkbox"/> beim Vater (siehe 3.2)	
Name, Vorname		
Geburtstag	Geburtsort	Staatsangehörigkeit
Straße, Hausnummer		
PLZ, Ort		
📄 Bitte fügen Sie dem Antrag eine Geburtsurkunde und eine Aufenthaltsbescheinigung bei! 📄		

2. Angaben zur Betreuung / Besuchsrecht des anderen Elternteils

Der andere Elternteil betreut das Kind an den Wochentagen: Mo Di Mi Do Fr Sa So
 In der Zeit von _____ bis _____ Erläuterungen: _____

3. Angaben zu den Eltern des Kindes

Erläuterung: Das Kind lebt bei dem Elternteil, der das Kind betreut und mit dem eine häusliche Gemeinschaft besteht. Eine häusliche Gemeinschaft besteht u. a. **nicht**, wenn das Kind in einem Heim oder einer Anstalt oder zur Vollzeitpflege in einer anderen Familie untergebracht ist.

3.1 Angaben zur Mutter		3.2 Angaben zum anderen Elternteil	
Name, ggf. Geburtsname, Vorname		Name, ggf. Geburtsname, Vorname	
Geburtstag	Staatsangehörigkeit	Geburtstag	Staatsangehörigkeit
Geburtsort	Land	Geburtsort	Land
Straße, Hausnummer		Straße, Hausnummer	
PLZ/ Ort		PLZ/ Ort	
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig		Familienstand <input type="checkbox"/> ledig	
<input type="checkbox"/> verheiratet / eingetragene Lebenspartnerschaft	seit _____	<input type="checkbox"/> verheiratet / eingetragene Lebenspartnerschaft	seit _____
<input type="checkbox"/> getrennt lebend / Beziehung beendet	seit _____	<input type="checkbox"/> getrennt lebend / Beziehung beendet	seit _____
<input type="checkbox"/> geschieden	seit _____	<input type="checkbox"/> geschieden	seit _____
<input type="checkbox"/> verwitwet	seit _____	<input type="checkbox"/> verwitwet	seit _____

4. Angaben zu weiteren Kindern

4.1	<input type="checkbox"/> gemeinsames Kind	<input type="checkbox"/> Kind der Mutter	<input type="checkbox"/> Kind des Vaters
	Name, Vorname	Geburtsdatum	lebt bei ... <input type="checkbox"/> der Mutter <input type="checkbox"/> dem Vater
4.2	<input type="checkbox"/> gemeinsames Kind	<input type="checkbox"/> Kind der Mutter	<input type="checkbox"/> Kind des Vaters
	Name, Vorname	Geburtsdatum	lebt bei ... <input type="checkbox"/> der Mutter <input type="checkbox"/> dem Vater
4.3	<input type="checkbox"/> gemeinsames Kind	<input type="checkbox"/> Kind der Mutter	<input type="checkbox"/> Kind des Vaters
	Name, Vorname	Geburtsdatum	lebt bei ... <input type="checkbox"/> der Mutter <input type="checkbox"/> dem Vater

5. Angaben zur Beschäftigung und zum Einkommen der Eltern

5.1 Angaben zur Mutter		5.2 Angaben zum anderen Elternteil	
<input type="checkbox"/> beschäftigt	seit	<input type="checkbox"/> beschäftigt	seit
<input type="checkbox"/> selbstständig als	seit	<input type="checkbox"/> selbstständig als	seit
<input type="checkbox"/> Rentenempfänger	seit	<input type="checkbox"/> Rentenempfänger	seit
<input type="checkbox"/> arbeitslos	seit	<input type="checkbox"/> arbeitslos	seit
<input type="checkbox"/> Sozialleistungsempfänger (SGB II / XII)	seit	<input type="checkbox"/> Sozialleistungsempfänger (SGB II / XII)	seit
erlernter Beruf:		erlernter Beruf:	
Arbeitgeber/ zuständiges Jobcenter/Sozialamt/ Rentenversicherungsträger/ Arbeitsamt		Arbeitgeber/ zuständiges Jobcenter/Sozialamt/ Rentenversicherungsträger/Arbeitsamt	
		Bankverbindung des anderen Elternteils, wenn bekannt	
monatliches Nettoeinkommen:		monatliches Nettoeinkommen:	
krankenversichert bei:		krankenversichert bei:	
Adresse:		Vermögen (Grundbesitz/Sparverm. pp):	
		Adresse:	

6. Angaben zur Erreichbarkeit

Telefon:		Telefon:	
Telefax:		Telefax:	
E-Mail:		E-Mail:	

7. Statusrechtliche Angaben zum Kind

Bei Kindern, deren Eltern <i>nicht</i> miteinander verheiratet sind (früher nichteheliche Kinder)		Bei Kindern, deren Eltern miteinander verheiratet sind, bzw. waren (früher eheliche Kinder)	
Die Vaterschaft ist anerkannt oder festgestellt	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Das Kind ist in der Ehe geboren; der Ehemann ist jedoch nicht der Vater des Kindes	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Eine Klage wegen Feststellung der Vaterschaft ist anhängig	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Eine Klage wegen Anfechtung der Vaterschaft ist anhängig	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Bezeichnung des Gerichts	Aktenzeichen	Bezeichnung des Gerichts	Aktenzeichen
Es besteht eine Beistandschaft, Amtsvormundschaft	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Es besteht eine Beistandschaft, Amtsvormundschaft	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Bezeichnung des Jugendamtes		Bezeichnung des Jugendamtes	


8. Angaben zum Getrenntleben

Erläuterung: Die Ehegatten leben dauernd getrennt, wenn keine häusliche Gemeinschaft mehr besteht und wenigstens einer von ihnen die häusliche Gemeinschaft nicht wieder herstellen will. Eine Trennung aus beruflichen, politischen, finanziellen oder rechtlichen Gründen genügt hierfür nicht. Eine häusliche Gemeinschaft besteht nicht, wenn das Kind in einem Heim oder einer Anstalt oder zur Vollzeitpflege in einer anderen Familie untergebracht ist.

Ich lebe von dem anderen Elternteil des Kindes oder meinem Ehegatten getrennt seit

Angaben zur obigen Person (Name, Vorname, Straße, PLZ, Ort, Arbeitgeber, Krankenkasse)

Der andere Elternteil lebt voraussichtlich für mindestens 6 Monate in einer Anstalt, seit

 Bitte fügen Sie dem Antrag Nachweise bei. Anstalten sind z.B. Krankenhäuser, Heil- oder Pflegeanstalten sowie die Strafvollzugs- und Untersuchungshaftanstalten.

9. Angaben bei ausländischen Staatsangehörigen (Bitte Nachweise vorlegen)

					Nein
Das Kind ist im Besitz einer Aufenthalts-	<input type="checkbox"/> berechtigung	<input type="checkbox"/> erlaubnis	ja, seit dem:	befristet bis:	<input type="checkbox"/>
Der Elternteil, bei dem das Kind lebt ist im Besitz einer Aufenthalts-	<input type="checkbox"/> berechtigung	<input type="checkbox"/> erlaubnis	ja, seit dem:	befristet bis:	<input type="checkbox"/>
Wann erfolgte die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland?					<input type="checkbox"/>
Wurde der andere Elternteil als Arbeitnehmer(in) von seinem im Ausland ansässigen Arbeitgeber ins Bundesgebiet entsandt?					<input type="checkbox"/>

10. Unterhaltsverpflichtung

Erläuterung: Ist der Elternteil, bei dem das Kind nicht lebt, durch ein Gerichtsurteil, -beschluss, oder –vergleich, oder durch eine schriftliche Verpflichtungserklärung bzw. Urkunde zur Zahlung von Unterhalt an das Kind verpflichtet?

<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, durch:	<input type="checkbox"/> ein Urteil	<input type="checkbox"/> einen Beschluss	<input type="checkbox"/> einen Vergleich	<input type="checkbox"/> eine Urkunde
		↓	↓	↓	↓
vom:		Aktenzeichen:			
📄 Bitte fügen Sie dem Antrag Nachweise bei. (Original-Urkunden, -Urteile, -Beschlüsse, -Vergleiche) 📄					

11. Unterhaltszahlungen, unterhaltsrelevante Leistungen

Erhält das Kind von dem Elternteil, bei dem es nicht lebt, regelmäßig Unterhaltszahlungen?					
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, in Höhe von	€	seit dem	Die letzte Unterhaltszahlung am	In Höhe von
					€
Es sind Vorauszahlungen geleistet worden					
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, in Höhe von	€	am	für die Zeit vom	für die Zeit bis
Erhält das Kind von dem Elternteil, bei dem es nicht lebt, sonstige Unterhaltszahlungen?					
Erläuterung: Als freiwillige oder vereinbarte Zahlungen oder Sachleistungen, die zur aktuellen Unterhaltssicherung des Kindes beitragen, zählen z.B. Kindergarten-, Kindertagesstättenbeiträge, Musikunterricht, Beiträge für Schwimmvereine o. ä., wenn sie an den betreuenden Elternteil gezahlt werden.					
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, und zwar			In Höhe von	€
Haben Sie auf Ehegattenunterhalt verzichtet?					
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, in Höhe von	€			
Erläuterung: Als Unterhaltsleistungen dieses Elternteils sind auch bereits beantragte Abzweigungen anzugeben, die ein Sozialleistungsträger oder der allein erziehende Elternteil bereits selber beantragt hat. Zahlt ein Dritter (z.B. Großeltern) anstelle des unterhaltspflichtigen Elternteils dem Kind Unterhalt, ist dies auf einem besonderen Blatt anzugeben. Die Vorauszahlung des Unterhalts steht einer Abfindung gleich. Auch eine solche Abfindungszahlung ist hier anzugeben.					

12. Leistungsfähigkeit des anderen Elternteils

Könnte der andere Elternteil Ihrer Ansicht nach den Mindestunterhalt für das unter 1. genannte Kind zahlen?	
<input type="checkbox"/> ja, weil	<input type="checkbox"/> nein, weil

13. Unterhaltsrealisierung

Erläuterung: Sofern keine Beistandschaft oder (Amts-)pflegschaft oder Amtsvormundschaft für das Kind besteht, teilen Sie bitte mit, ob Sie oder der gesetzliche Vertreter des Kindes sich um Unterhaltszahlungen bemüht haben.

Sofern Sie Ihre Bemühungen schriftlich nachweisen können, ist eine Bewilligung maximal einen Monat rückwirkend möglich.

13.1 durch eine Rechtsanwaltskanzlei

<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Umfasst die Beauftragung auch die Realisierung der Unterhaltsansprüche
		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Name/ Adress und Telefonnummer der Rechtsanwaltskanzlei		

13.2 durch mich selber evtl. mit Hilfe einer Rechtsanwaltskanzlei (s.o.)

		Datum
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, die Zahlung des Unterhalts wurde von mir schriftlich angemahnt.	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, ich habe eine Klage auf Zahlung von Unterhalt gegen den anderen Elternteil eingereicht	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, ich habe mich nach § 18 SGB VIII beim Jugendamt beraten lassen bei	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, ich habe eine Beistandschaft beim Jugendamt beantragt.	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, ich habe Strafanzeige wegen Verletzung der Unterhaltspflicht erstattet (§ 170 StGB)	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, ich habe versucht den Aufenthaltsort des anderen Elternteils zu ermitteln.	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, ich habe mich in anderer Weise um den Unterhalt bemüht, und zwar:	
📄 Bitte fügen Sie dem Antrag Nachweise bei. (Sämtliche Schreiben der Rechtsanwälte oder eigene und Antworten der Gegenseite) 📄		

14. Sozialleistungen

Erläuterung: Unterhaltsvorschuss ist eine Leistung, die als Einkommen im Sinne des Sozialgesetzbuches II bzw. Sozialgesetzbuches XII auf den Bedarf angerechnet wird.

Wurde ein Antrag auf Sozialleistungen gestellt?		Werden bereits Sozialleistungen bezogen?	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, und zwar bei:	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
📄 Bitte fügen Sie dem Antrag Nachweise bei. Legen Sie den aktuellen oder den letzten Bescheid des Amtes für Soziale Sicherung und Ausländerrecht bei 📄			

15. Geldleistungen, die das Kind erhält

Erläuterung: Anzugeben sind alle Einkünfte, die das Kind erhält, wie z.B. Erwerbseinkünfte inkl. Ausbildungsvergütung, Waisenbezüge, dies sind insbesondere Waisenrente aus Sozialversicherung (gesetzliche Unfall- oder Rentenversicherung), Waisengeld aus der Beamtenversorgung, Waisenrente (einschl. Grundrente) nach dem Bundesversorgungsgesetz oder nach Gesetzen, die das Bundesversorgungsgesetz für anwendbar erklären, Schadensersatzleistungen, die dem Kind wegen Todes eines Elternteils in Form einer Rente oder einmalig als Abfindung gezahlt werden.

Waisenrente

<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, und zwar:	Bezeichnung der Stelle:	Höhe der mtl. Leistung: €
	<input type="checkbox"/> die Waisenrente wurde beantragt	Bezeichnung der Stelle:	Aktenzeichen

Vorauszahlungen / Abfindungen

<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, und zwar am:	Bezeichnung der Stelle:	Höhe der Leistung: €
-------------------------------	---	-------------------------	----------------------

Kindergeld / Auslandskindergeld / kindergeldähnliche Leistungen

<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, in Höhe von mtl. €	<input type="checkbox"/> wurde beantragt	<input type="checkbox"/> wird noch beantragt
-------------------------------	---	--	--

Ausbildungsvergütung / sonstiges Einkommen (z.B. Minijob)

<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, in Höhe von mtl. €	Arbeitgeber:
-------------------------------	---	--------------

BAB / BAföG

<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, in Höhe von mtl. €	<input type="checkbox"/> wurde beantragt	<input type="checkbox"/> wird noch beantragt
-------------------------------	---	--	--

16. UVG in der Vergangenheit

Wurde bereits einmal Unterhaltsvorschuss bezogen?		oder beantragt?	Für welchen Zeitraum wurde bereits UVG gewährt?	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, und zwar in:	<input type="checkbox"/> ja	vom	bis
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, und zwar in:	<input type="checkbox"/> ja	vom	bis

👉 Bitte fügen Sie dem Antrag Nachweise bei. Legen Sie die Bescheide der UVG-Stellen vor 👈

17. Bankverbindung

Erläuterung: Wenn Sie die Leistung erhalten wollen, muss eine Bankverbindung angegeben werden.

Name des Kontoinhabers, wenn nicht gleich Antragsteller/ in	Kreditinstitut
IBAN	BIC

18. ergänzende Angaben

Erläuterung: Sie können noch ergänzende Angaben machen, die zur Realisierung des Unterhalts beitragen, den unterhaltspflichtigen Elternteil betreffen oder für die Gewährung der Leistung erheblich sind. Bitte benutzen Sie ggf. ein separates Blatt.

19. Erklärung

Ich versichere, dass ich diesen Antrag nach bestem Wissen und Gewissen ausgefüllt und alle Angaben vollständig gemacht habe. Ich verpflichte mich, alle Änderungen zu den Angaben in diesem Antrag, die Auswirkungen auf die Leistung haben könnten, unverzüglich mitzuteilen. Mir ist bekannt, dass eine Verletzung dieser Pflicht als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldstrafe geahndet werden kann. Betrug wird nach dem Strafgesetzbuch mit einer Freiheitsstrafe geahndet. Für die Leistungen nach dem UVG werden die angegebenen persönlichen Daten elektronisch gespeichert und verarbeitet. Eine Übermittlung der Angaben aus dem Antrag erfolgt nur an die Stellen (wie z.B. Wohngeld-Stelle oder Sozialamt, Träger Arbeitslosengeld), die sie zur Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben benötigen. Ich bin mit der Speicherung, Verarbeitung und Weitergabe der Daten einverstanden.


Ich bin damit einverstanden, dass die notwendigen Daten zur Durchführung des UVG mit dem Beistand, (Amts-)Pfleger oder Amtsvormund oder meiner Rechtsanwältin / meinem Rechtsanwalt sowie dem Amt für Soziale Sicherung und Ausländerrecht ausgetauscht werden.

Ich habe das Merkblatt zum UVG zur Kenntnis genommen. Auf meine Anzeigepflicht bin ich unter Hinweis auf Nr. V des Merkblattes besonders aufmerksam gemacht worden.

Das Informationsblatt zur Erhebung der personenbezogenen Daten gemäß Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) habe ich zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

eigenhändige Unterschrift der Antragstellerin / des Antragstellers

Unterhaltsvorschussstelle des Vogelsbergkreises	
Informationen zur Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten gemäß Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)	
Unser Umgang mit Ihren Daten und Ihre Rechte nach der DSGVO	

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Vogelsbergkreis
Der Kreisausschuss
-Jugendamt –
Unterhaltsvorschuss
Goldhelg 20
36341 Lauterbach

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Vogelsbergkreis Der Kreisausschuss Datenschutzbeauftragte Tel.: 06641/977-317 E-Mail: datenschutz@vogelsbergkreis.de	Aufsichtsbehörde Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Postfach 3163 65021 Wiesbaden Tel.: 0611/1408-0 E-Mail: poststelle@datenschutz.hessen.de
--	--

4. Zweck und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Ihre Daten werden erhoben, um Ihren Antrag auf Leistungen nach dem UVG zu bearbeiten und im Falle einer Leistungsgewährung übergegangene Unterhaltsforderungen gegenüber dem/der Unterhaltspflichtigen durchzusetzen.

Ihre Daten werden auf Grundlage der §§ 61 ff. des Achten Sozialgesetzbuches (SGB VIII), § 69 SGB X, §§ 1 ff. UVG und den Verwaltungsvorschriften zum Unterhaltsvorschussgesetz (VwUVG) in Verbindung mit Artikel 6 Abs. 1 c) DSGVO verarbeitet.

5. Personenbezogene Daten

Soweit im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich, werden folgende personenbezogene Daten von Ihnen erhoben: Vor- und Nachname, Geburtsdatum, Anschrift, Geburtsname, Nationalität, Familienstand, Geschlecht, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Aufenthaltsstatus. Weitere mögliche Kategorien von personenbezogenen Daten: Bankverbindung, Einkommens- und Vermögensnachweise, Nachweise zum Kranken- und Pflegeversicherungsverhältnis, Art und Bezug von Sozialleistungen, Angaben über familiäre Verhältnisse.

6. Datenquelle

Sofern Ihre Daten nicht bei Ihnen selbst erhoben werden, werden diese, nur soweit im Einzelfall erforderlich, bei folgenden Stellen erhoben: Einwohnermeldeamt, Sozialleistungs- und Sozialversicherungsträger (z.B. Familienkasse, Jobcenter, Sozialamt, Krankenkasse, Versorgungsträger, Arbeitgeber, Finanzamt), andere Behörden.

7. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Die Weitergabe Ihrer Daten ist notwendig, um Ihren Antrag bearbeiten zu können, oder aber auch um notwendige Informationen zur Bearbeitung erheben zu können. Ist dies zur Aufgabenerfüllung erforderlich, so kann dies an Geldinstitute, an die Kreiskasse des Vogelsbergkreises, gesetzliche Vertreter, ggf. Rechtsanwälte, Behörden (vgl. hierzu § 67d ff.

SGB X), Arbeitgeber des Unterhaltspflichtigen, Sozialleistungs- und Sozialversicherungsträger (z.B. Familienkasse, Jobcenter, Sozialamt, Krankenkasse, Versorgungsträger), Versicherungsgesellschaften, Behörden (z.B. Finanzbehörden, Bundeszentralamt für Steuern) erfolgen. Im Falle von z. B. Gerichtsverfahren, werden Ihre Daten auch an diese dafür zuständigen Stellen übermittelt, auch zur Ausübung von Aufgaben der Fachaufsicht und zu Prüfungszwecken. Ihre Daten werden aber nur weitergegeben, wenn dies zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich ist.

Daneben kann eine Verarbeitung u.a. auch für statistische Zwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke erfolgen. **In diesem Fall werden Ihre Daten anonymisiert oder pseudonymisiert.**

8. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Es ist nicht geplant, Ihre personenbezogenen Daten an Drittländer (Länder außerhalb der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraums) zu übermitteln. An Drittländer werden nur Daten übermittelt, soweit es zur Erfüllung der Aufgaben zwingend erforderlich ist.

9. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden nach der Erhebung 10 Jahre, wenn die UVG-Forderung beglichen ist bzw. von einem anderen Jugendamt eingezogen wird und 30 Jahre, wenn es sich bei der Leistung um eine vollständige oder teilweise Ausfallleistung handelt oder die Forderung unbefristet niedergeschlagen wurde, aufbewahrt. Die Frist beginnt jeweils mit Ablauf des Jahres, in dem das letzte Schriftstück zum Vorgang genommen wurde. Bei Stundung oder unbefristeter Niederschlagung beginnt die Frist mit Ablauf des Jahres, in dem die letzte Entscheidung über Stundung oder unbefristete Niederschlagung getroffen wurde.

10. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht **Auskunft** über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf **Berichtigung** zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die **Löschung** oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen, sowie **Widerspruch** gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Betroffene Personen haben das Recht sich über vermutete oder tatsächliche Verstöße des Vogelsbergkreises gegen die Datenschutzgrundverordnung bei der genannten Aufsichtsbehörde zu beschweren.

11. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Wenn Sie in die Verarbeitung Ihrer Daten durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

12. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Der Vogelsbergkreis – Abteilung Unterhaltsvorschuss- benötigt die Daten, um den Antrag auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz bearbeiten zu können. Sie sind dazu verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Diese Verpflichtung ergibt sich aus §§ 66 ff SGB I und § 6 UVG. Werden Ihre Daten nicht bereitgestellt, kann keine fachlich fundierte Unterstützung in der Problemsituation oder eine Gewährung von Leistungen erfolgen.